

Junge Mütter, die neuen Politstars

Frauen wie Sanna Marin oder Annalena Baerbock gelten als Vorbilder – wieso funktioniert anderswo, womit die Schweiz hadert?

JACQUELINE LIPP

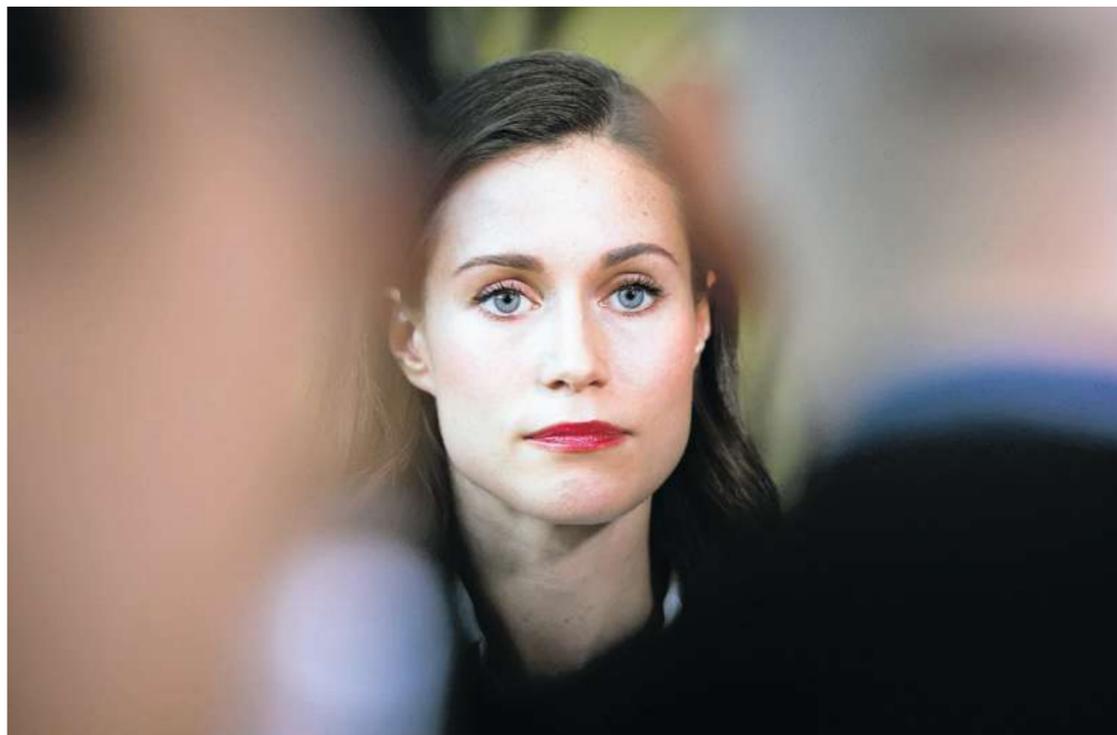
Sanna Marin in Finnland, Annalena Baerbock in Deutschland oder Jacinda Ardern in Neuseeland: Junge Mütter werden als Politstars der Stunde gefeiert. Sie eint, dass sie eine neue Generation von Frauen verkörpern, die nicht nur politisch für Gleichstellung kämpfen, sondern am eigenen Beispiel zeigen wollen, dass sie Realität ist.

Im Unterschied zu älteren Politikerinnen machen sie ihre Rolle und ihre Perspektive als Mutter explizit zum Thema. Bereits berühmt ist eine Anekdote, wonach die deutsche Aussenministerin Baerbock bei einem Treffen mit ihrem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow den angebotenen Wodka abgelehnt haben soll mit der Aussage: «Wenn mittags Wodka trinken ein Härtestest ist ... Ich habe zwei Kinder geboren.»

Jacinda Ardern wurde 2018 als erste Regierungschefin seit der Pakistanerin Benazir Bhutto 1990 im Amt Mutter. Sie nahm ihre drei Monate alte Tochter Neve Te Aroha vor versammelter Weltpresse mit in den Saal der Uno-Vollversammlung. Derweil suggeriert die Sammlung aus privaten und beruflichen Fotos auf dem Instagram-Profil der finnischen Ministerpräsidentin Sanna Marin, dass in ihrem Leben alles wunderbar unter einen Hut passt.

Es verwundert daher nicht, dass die SP nur zu gerne ein ebensolches Role-Model im Bundesrat hätte. Die Parteispitze wünscht sich explizit nur Kandidatinnen auf dem Ticket. Und die Präsidentin der SP-Frauen Tamara Funicello sagte dem «Blick»: «Es braucht junge Mütter im Bundesrat.» Mit den beiden Bernerinnen, Nationalrätin Flavia Wasserfallen (43-jährig, drei Kinder) und der Regierungsrätin Evi Allemann (44-jährig, zwei Kinder), stehen zwei junge Mütter in der vordersten Reihe. Die ehemalige Nationalrätin Pascale Bruderer (45-jährig, zwei Kinder) hat hingegen abgesagt.

Man kann darüber streiten, wie relevant das Kriterium für die Eignung als Mitglied der Landesregierung ist. Unbestritten ist aber: Eine Bundesrätin mit kleinen Kindern wäre eine Premiere. Die drei amtierenden Bundesrätinnen



Sanna Marin, 36, Ministerpräsidentin Finnlands und Mutter einer Tochter.

STEPHANIE LECOCO / EPA LEGENDE

sind alle kinderlos. Und die bisherigen Mütter in der Exekutive traten ihr Amt erst an, als der Nachwuchs im Teenageralter oder erwachsen war.

Auch Männer sagten ab

Wieso tut sich die Schweiz so schwer mit etwas, das im Ausland mühelos zu funktionieren scheint? Isabelle Stadelmann-Steffen nennt zwei Gründe: die vergleichsweise kleine Schweizer Regierung und das klassische Vereinbarkeitsargument. Die Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Bern weist darauf hin, dass Strukturen wie Kinderbetreuungsangebote oder Elternzeit in den meisten europäischen und vor allem nordischen Ländern besser ausgebaut seien als in der Schweiz.

Weit wichtiger sei aber das kulturelle Bild. «Eine Mutter mit einem Vollzeitjob und in einer öffentlichen Führungsposition ist in der Schweiz immer noch sehr selten.» In gewisser Weise passten Vollzeit arbeitende Mütter sogar besser in südeuropäische Länder wie Italien, sagt Stadelmann-Steffen, unter anderem weil es dort in Abwesenheit eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates oft nötig sei, dass auch Frauen Vollzeit arbeiteten. Mit Giorgia Meloni hat in Italien soeben eine konservative Politikerin mit einer schulpflichtigen Tochter die Regierungsgeschicke übernommen.

Hinzu kommt ein institutioneller Faktor. Während in der Schweiz sieben Personen regieren, seien es in den meisten anderen Ländern «eher 15 bis 20 oder sogar noch mehr», sagt Sta-

delmann-Steffen. «Einerseits verteilt sich somit die Regierungstätigkeit auf weniger Schultern, andererseits muss sich eine Schweizer Bundesrätin teilweise mit viel mehr und sehr unterschiedlichen Dossiers beschäftigen als anderswo.» Die dadurch hohe Belastung dürfte der Vereinbarkeit von Politik und Familie nicht dienlich sein.

Das alles betrifft selbstverständlich nicht nur das weibliche Geschlecht. Auch Männer haben in der Vergangenheit der Familie zuliebe von einer Kandidatur abgesehen. So nahm sich der damalige CVP-Ständerat Pirmin Bischof 2018 aus dem Rennen, weil sich die Aufgabe als guter Vater seiner Ansicht nach nur schwer mit der zeitlich stark fremdbestimmten Tätigkeit als Bundesrat vertrage. Ebenso begründete damals der

FDP-Politiker Andrea Caroni seine Absage. Caroni ist der Ansicht, die Beispiele aus dem Ausland würden glorifiziert.

Mehr als ein Vollzeitjob

Wie ihr Alltag aussieht, schilderte die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock im September in einer Fernsehsendung, in der Kinder die Fragen stellen. Jeweils am Mittwoch, wenn das Kabinett in Berlin tagt und sie nicht auf Auslandsreise sei, versuche sie, zum Abendessen zu Hause zu sein, sagte Baerbock. Ihre Kinder an diesem Tag von der Schule abzuholen, wie sie das früher getan habe, schaffe sie «nicht mehr ganz». Im Notfall kann die ältere Tochter auf ein vereinbartes Codewort zurückgreifen. «Wenn sie mir das schickt, dann weiss ich: Jetzt ist es ganz dringend. Dann verlasse ich jede Sitzung und ruf sie an», sagte Baerbock. Auch Jacinda Ardern sagte schon öffentlich, sie sehe ihre Tochter nicht jeden Tag. Das sei hart, aber etwas, das sie einfach akzeptieren müsse. Nach idyllischem Familienleben klingt das nicht. Eher nach dem, was Bundesrätin Karin Keller-Sutter meinte, als sie vor drei Jahren sagte: «Man kann nicht alles haben.»

Isabelle Stadelmann-Steffen von der Universität Bern sagt, einer Bundesrätin und ihrem Partner dürfe es durchaus gelingen, die Kinderbetreuung «zu organisieren». Sei es mithilfe einer Nanny oder indem der Partner den grössten Teil der Kinderbetreuung sowie den Haushalt übernimmt, wie das zum Beispiel nach der Geburt der Kinder im Fall von Ardern oder Baerbock der Fall war. Aber das sei nur eine Seite, sagt Stadelmann-Steffen. «Möchte die Bundesrätin auch selbst Zeit mit ihren Kindern verbringen, wird es wohl schwieriger. Ein Bundesratsamt ist definitiv mehr als ein normaler Vollzeitjob. Unabhängig von Geschlecht oder Familiensituation geht das wohl nie ohne Abstriche im privaten Bereich.»

Die Frage ist also weniger, ob es möglich ist, als junge Mutter ein Amt mit Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sondern vielmehr: unter welchen Bedingungen.

Jositsch will kandidieren und legt sich mit der Parteispitze an

Der Ständerat wehrt sich dagegen, dass Männer von der Bundesratswahl ausgeschlossen werden sollen – das habe nichts mit Gleichstellung zu tun

FABIAN SCHÄFER, BERN

«Ich will nicht, dass dieses Beispiel Schule macht.» Daniel Jositsch gab sich alle Mühe, seinen Kampf um einen Platz auf dem SP-Ticket für die Bundesratswahlen nicht als Ego-Projekt darzustellen. Es gehe ihm um das Prinzip, erklärte der Zürcher Ständerat am Dienstag vor den Medien im Bundeshaus. Konkret: Er will verhindern, dass die SP oder eine andere Partei noch einmal im Vorhergehen ganze gesellschaftliche Gruppen von der Nachfolgeregelung für ein politisches Amt ausschliesst. Denn «eigentlich» sei das, was die SP plane, ein Ver-

stoss gegen die Verfassung, erklärte Daniel Jositsch, seines Zeichens Rechtsprofessor an der Universität Zürich.

Der Tathergang ist bekannt. Kaum hatte Bundesrätin Simonetta Sommaruga letzte Woche ihren Rücktritt be-

Er verdient einen fairen Prozess

Kommentar auf Seite 20

kanntgegeben, gab die SP-Spitze um Mattea Meyer und Cédric Wermuth den Tarif durch: Man werde der Bundeshausfraktion vorschlagen, ein reines Frauenticket mit zwei Kandidatinnen zu beschliessen. Nach Jositschs Lesart schliesst die Parteileitung damit a priori sämtliche Männer allein aufgrund des Geschlechts vom Nominationsverfahren aus. «Das ist diskriminierend, ich kann das nicht akzeptieren.» Die Hälfte der Bevölkerung auszuschliessen, habe nichts mit Gleichstellung zu tun.

Dabeisein ist alles

Jositschs Plan steht fest: Er verlangt, dass der Vorschlag der Parteispitze korrigiert wird, damit auch Männer am Verfahren teilnehmen können. Darüber entscheiden die National- und Ständeräte der SP an der Fraktionssitzung vom 18. November. Die Nomination selber findet erst eine Woche später statt.

Voraussichtlich muss Jositsch seinen Antrag nicht einmal selber einreichen. In den letzten Tagen haben SP-Parlamentarier beider Geschlechter öffentlich Zweifel gegenüber dem Plan der Parteispitze geäussert. Der Solothurner Ständerat Roberto Zanetti zum Beispiel hat sich für ein Dreierticket ausgesprochen, auf dem mindestens zwei Plätze für Frauen reserviert wären. Damit könnte auch sein Zürcher Ständeratskollege und Bundesratsaspirant in spe leben. Hauptsache, Daniel Jositsch kann seine Kandidatur, die er am Dienstag theoretisch schon einmal angekündigt hat, praktisch auch wirklich ausleben.

Damit ist dieses Szenario denkbar: Die SP-Fraktion beschliesst am 18. November, auch Männer zum Rennen zuzulassen. Eine Woche später haben die Männer dann doch das Nachsehen, weil die Fraktion zwei Frauen nominiert. Damit könnte Jositsch nach eigenen Angaben problemlos leben. «Bedingungslos» würde er einen solchen Entscheid akzeptieren, wie er beteuerte. Doch was wäre, wenn ihn das Parlament trotzdem als Bundesrat wählen würde, weil die offiziellen Kandidatinnen der Mehrheit nicht genehm sind? In diesem Fall würde Jositsch die Wahl ausschlagen, wie er mehrfach beteuerte.

Komplizierter wird die Sache, wenn er die Konfrontation mit der Parteispitze verliert. Dies würde bedeuten, dass die Fraktion den «eigentlichen» Verfassungsbruch mitträgt und nur

Frauen zum internen Wahlkampf zulässt. Würde der Zürcher in diesem Fall als «wilder Kandidat» zur Verfügung stehen? Würde er sich gegen den Willen der SP in den Bundesrat wählen lassen?

Jositsch liess alle diese Fragen offen. Er betonte, er strebe in keiner Weise ein solches Szenario an. Er werde auch nichts unternehmen, ohne sich zuvor mit den Spitzen von Partei und Fraktion abzusprechen. Aber wenn es tatsächlich dabei bleibe, dass er als Mann ausgeschlossen werde, «dann habe ich ein Problem». Wenn er etwas als Ungerechtigkeit erkenne, könne er die Konsequenzen daraus nicht einfach so hinnehmen.

Drohender Gesichtsverlust

Gleichzeitig machte Jositsch klar, dass er die Sache nicht eskalieren lassen will. Einen Austritt aus der Partei schloss er kategorisch aus. Die Differenzen im vorliegenden Fall bezeichnete er als «Nuancen». Beim Ziel der Gleichberechtigung gebe es keinerlei Unstimmigkeit zwischen ihm und der Parteispitze. Doch auch ihm ist klar, dass er Wermuth und Meyer mit seiner Opposition in eine unangenehme Situation bringt. Wenn die Fraktion ihren Vorschlag korrigiert, könnte dies als Gesichtsverlust interpretiert werden – nicht gerade ideal so kurz vor den Wahlen. Die Situation sei «etwas angespannt», räumte denn auch Jositsch ein. Man müsse aber den Mut haben, auch dann hinzustehen, wenn es nicht so einfach sei.

Und daran, dass Jositsch sehr gerne Bundesrat werden möchte, bestehen keinerlei Zweifel. In ebenso ungewohnter wie wohlthuender Offenheit sprach er davon, wie spannend das hohe Amt sei und wie gern er dieses ausfüllen würde. Aus seiner Sicht wäre es auch kein Problem für die SP, wenn sie vorübergehend mit zwei Männern im Bundesrat vertreten wäre. Sobald Alain Berset dermaleinst den Rücktritt erklärt, könnte dann eine Frau aus der Romandie nachrücken.

Ganz zuletzt machte der Zürcher etwas, was seine Parteichefs wieder nicht freuen dürfte: Er rückte ihr Verhalten in die Nähe der SVP. Diese hat in ihren Statuten eine Ausschlussklausel verankert: Wer sich ohne Segen der Fraktion in den Bundesrat wählen lässt, verliert automatisch die Mitgliedschaft in der SVP. Damit schränkt die Partei faktisch die Wahlfreiheit des Parlaments ein. Gemäss Jositsch geht nun die SP-Spitze mit ihrer Absicht, alle Männer fernzuhalten, in dieselbe Richtung. Die Einflussnahme der Parteien auf die Bundesratswahlen gehe «etwas weit».

Was bedeutet all dies für die Bundesratswahlen vom 7. Dezember? Jositsch selber rechnet sich nach eigenen Angaben nur geringe Chancen aus, wie er am Dienstag via Tamedia-Zeitungen verlauten liess: «Am Ende des Tages werden vermutlich zwei Frauen auf dem Ticket stehen. Und die anderen Fraktionen werden mir nett auf die Schulter klopfen und sagen: Ja, es war nicht in Ordnung, was die SP gemacht hat, aber es ist nun einmal, wie es ist.»

ANZEIGE

WYSS & PARTNER

SELTEN

Wyss & Partner: Die auch international gesuchten Vermögensverwalter am Fusse des Pizol.

wysspartner.ch